

Grünliberale provozieren Linke und Vollenwyder

Die Stadtzürcher Bürgerlichen weisen mithilfe der GLP den Voranschlag für das Budget 2011 zurück.

Von Stefan Häne und Martin Huber

SVP, FDP, GLP, CVP und EVP haben die Rückweisung des Budgets 2011 beschlossen. Der städtische Voranschlag rechnet - wie in den letzten drei Jahren - 2011 mit tiefroten Zahlen. Jetzt verlangen die bürgerlichen Parteien, dass der Stadtrat ein ausgeglichenes Budget vorlegt. Wo genau gespart werden soll, sagen die Mitte-rechts-Parteien nicht. Das sei Aufgabe des Stadtrats.

Der städtische Finanzvorsteher Martin Vollenwyder (FDP) bezeichnet den Rückweisungsantrag im Interview mit dem «Tages-Anzeiger» als unbedarft. Es drohten massive Einschnitte bei der Polizei und bei den Löhnen sowie Auswirkungen auf die Projekte Kongresshaus und Fussballstadion. Zu den Grünliberalen, dank deren Einzug ins Stadtparlament die bürgerlichen Parteien in Zürich seit langem wieder eine Mehrheit in Finanzfragen haben, sagt Martin Vollenwyder: «Die GLP scheint sich zu einer Partei zu entwickeln, die sämtliche anderen Parteien abdecken kann, weil sie von links bis rechts alle Themen besetzen will.»

Kritik üben auch SP und Grüne. Beatrice Reimann, Co-Präsidentin der Stadtzürcher SP, spricht von einer «Allianz der Verantwortungslosigkeit», zustande gekommen dank der GLP. Der grüne Gemeinderat Balthasar Glättli wirft der GLP vor, sich aus der Verantwortung zu stehlen. Die GLP versuche, Stärke zu markieren. «Was als Botschaft ankommt, ist jedoch etwas anderes: Hilflosigkeit.»

GLP-Fraktionschef Gian von Planta reagiert gelassen auf die Anwürfe. Dass der Zwist die Zusammenarbeit zwischen seiner Partei und Rot-Grün beschädigen werde, hält er für unwahrscheinlich. «Wir haben versprochen, eine nachhaltige Politik zu machen.» Dazu gehöre eben auch der Finanzbereich. Bereits warten rot-grüne Politiker darauf, wie die GLP auf allfällige Sparanträge des Stadtrats im Umweltbereich reagieren wird. «Ich habe keine Angst, dass im ökologischen Bereich grosse Abstriche drohen», sagt von Planta und erinnert an den Verfassungsauftrag «2000-Watt-Gesellschaft». Kleinere Sparposten in der Umweltpolitik würde die GLP jedoch mittragen.

Kommentar Seite 2, Bericht Seite 17